

Wahlprüfsteine – Fragen an die Parteien zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2016

Sprachförderung

Die Wissenschaft hat die Wichtigkeit der Sprachentwicklung im Kindesalter für die ganzheitliche kindliche Entwicklung erkannt. Die Sprachförderung ist in der Grundschule allerdings nicht institutionell abgesichert.

Was werden Sie für eine Sprachförderung in der Grundschule tun?



Sprachliche Fähigkeiten sind eine zentrale Voraussetzung für den späteren Bildungserfolg. Vor diesem Hintergrund haben wir das Programm SPATZ zur Sprachförderung durch die Verkleinerung der Gruppengrößen kontinuierlich und erfolgreich weiter entwickelt. Dies wollen wir auch künftig fortsetzen. Unser Ziel ist, alle Kinder so zu fördern, dass sie bei der Einschulung in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen und sicher zu kommunizieren. Wir haben die Grundschulen, die Kinder mit einem besonderen Förderungsbedarf unterrichten, gestärkt, indem wir ihnen zusätzlich 180 Lehrerstellen zur Verfügung gestellt haben. Besonders Kinder mit Sprachförderbedarf, Schwierigkeiten beim Lesen und Rechtschreiben oder in Mathematik sollen dadurch gezielt unterstützt werden. Durch die zweckgebundenen Stunden haben die Schulen mehr Zeit für einzelne Kinder, sie können den unterschiedlichen Stärken der Kinder besser gerecht werden und diese bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen passgenau fördern. Dies wollen wir auch in der neuen Legislaturperiode fortsetzen und die Grundschulen stärken.



Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass Grundschulen erstmals durch eine Bereitstellung von 180 zusätzlichen Deputaten eine individuelle Förderung – neben den bereits vorhandenen Möglichkeiten des Regelbetriebs – anbieten können. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Darüber hinaus haben wir Schulen mit der gesetzlichen Verankerung der Ganztagschule bereits heute die Möglichkeit eröffnet, die Sprachförderung für Grundschülerinnen und Grundschüler institutionell in ihrem Schulcurriculum zu verankern. Der bedarfsorientierte Ausbau der Ganztagschule findet ebenfalls unsere Unterstützung. Für Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache im Grundschulalter werden wir auch weiterhin das Angebot an den erforderlichen Bedarf anpassen.



Wir wissen, dass sich Investitionen in frühen Jahren besonders lohnen. Für uns gilt in der Frühkindlichen Bildung wie in der Grundschule: „Auf den Anfang ankommt es an!“ Wir wollen, dass die so wichtigen schulischen Grundlagen – wie Lesen, Schreiben und Rechnen – gut vermittelt werden. Diese Kompetenzen sollen intensiv gefördert, geübt und verankert werden, um eine gute Ausgangsbasis für künftige Lernerfolge zu schaffen. Wir wollen mehr in das Erlernen der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen investieren. Zudem wollen wir zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um verstärkt Lern- und Leistungsschwächen zu beheben und die Schülerinnen und Schüler besser auf einen gelingenden Übergang auf die weiterführenden Schulen vorbereiten.



Die Freien Demokraten begrüßen, dass die Landesregierung den Grundschulen Poolstunden zur Verfügung stellt, um gezielte Förderangebote in Mathematik, Rechtschreibung und Sprachfähigkeit machen zu können. Wir wollen jeder Schule ein Budget zur eigenständigen Bewirtschaftung und Personalentwicklung zur Verfügung stellen. Hierbei sollen zusätzlich zum Pflichtunterricht vor allem auch in auskömmlichem Maße Mittel für Unterrichtsvertretung, eigene Schwerpunktsetzungen und Förder-/Stützkursangebote zur Verfügung stehen. Die Schulen gestalten ihr Unterrichts- und Förderangebot in eigener Verantwortung aus. Wichtig ist aus Sicht der FDP bei der Sprachförderung ein gelingender Übergang der Förderung im Kindergarten zu den Förderangeboten in der Grundschule.

Schulübergänge

Die Bildungsbiografie unserer Kinder ist auf verschiedene Zuständigkeitsabschnitte (Kindertagesstätten, Grundschule, Haupt- und Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium u. a.) verteilt und die Übergänge sind von entscheidender Bedeutung. Welche Maßnahmen planen Sie, die den Übergang (zum Beispiel vom Kindergarten in die Grundschule) besser gelingen lassen?



Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ist ein wichtiges Ereignis für jedes Kind und seine Familie. Daher ist es für uns wichtig, diesen so zu gestalten, dass die Kinder ihn nicht als Bruch, sondern als natürliche Fortsetzung erleben. Eine regelmäßige und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen ist der Schlüssel für einen guten Übergang. Um diese sicherzustellen, hat die grün-geführte Landesregierung mit dem Einstieg in die verlässliche Kooperationszeit seit dem Schuljahr 2012/2013 allen Grundschulen ermöglicht, ein sicheres Zeitkontingent für die Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen anzubieten. Jede Grundschule im Land erhält seither dafür eine zusätzliche Deputatsstunde. Die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen halten wir ebenso für wichtig.



Die SPD hat bereits allen Grundschulen eine verlässliche Kooperationszeit zur Verfügung gestellt. Nach Auswertung der Evaluation des Modellprojekts „Bildungshäuser“ setzen wir uns dafür ein, dass zentrale Ergebnisse ebenso allen Grundschulen und Kinderhäusern zur Verfügung gestellt werden. An einer weiteren Verbesserung des Übergangs Kita-Grundschule halten wir fest. Um den Übergang auf die weiterführende Schule zu verbessern, unterstützen wir eine enge Kooperation von Grundschule und Elternhaus während der gesamten Grundschulzeit. Eine verpflichtende Offenlegung der Grundschulempfehlung lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir auf eine Erfassung der Leistungsfähigkeit mittels Kompetenzanalysen an der aufnehmenden Schule.



Das zum Schuljahr 2007/08 gestartete „Bildungshaus 3-10“ ermöglicht die enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule. Die Einrichtung bietet drei- bis zehnjährigen Kindern die Chance gemeinsam zu lernen und zu spielen. Unter Berücksichtigung individueller Lernrhythmen werden die richtigen Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Wir wollen den weiteren stetigen Ausbau dieses wertvollen Bildungsangebots voranbringen, um die frühkindliche und schulische Bildung noch besser miteinander zu verzahnen. Die weiterführenden Schulen müssen wieder die Grundschulempfehlung kennen, damit ein reibungsloser Übergang für das einzelne Kind besser gelingen kann. Auf Grundlage der fundierten Expertise der Grundschullehrkräfte können die Lehrkräfte der weiterführenden Schulen sehr rasch dem einzelnen Kind die richtige Unterstützung geben.



Zunächst müssen die weiterführenden Schulen das Informationsrecht hinsichtlich der Grundschulempfehlung und die Grundschulen mehr Mittel für die Elternberatung erhalten. Wenn die Sitzbleiberquote trotzdem nicht sinkt, scheuen wir eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung nicht. Im Gegensatz zum früheren Verfahren sollte eine zukünftige Verbindlichkeit aber das Recht eines Schülers sichern, eine Schule der empfohlenen Schulart zu besuchen. Zusätzlich sollte der betreffende Schüler das Recht erhalten, sich auch an einer Schule zu bewerben, für die er keine Empfehlung bekommen hat. Wenn sie zur Überzeugung gelangt ist, dass sie ihn erfolgreich zum angestrebten Abschluss führen kann, kann sie den Schüler entgegen seiner Grundschulempfehlung aufnehmen.

Stundentafel in der Grundschule

Vergleicht man die Bundesländer, steht Baden-Württemberg bezogen auf die Stundentafel in der Grundschule am unteren Ende. Werden Sie dafür sorgen, dass Baden-Württemberg den Weg an die Spitze schafft?



Im Zuge der Bildungsplanreform sollen zum Schuljahr 2016/17 neue Kontingentstundentafeln für die verschiedenen Schularten eingeführt werden. Dabei erhält die Grundschule vier zusätzliche Lehrerwochenstunden, zwei für Deutsch und zwei für Mathematik. Darüber hinaus haben wir den Grundschulen bereits in diesem Schuljahr für die individuelle Förderung 180 zusätzliche Deputats zur Verfügung gestellt. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir unsere Grundschulen kindgerecht und zukunftsfähig machen. Schon heute sind die Klassen an unseren Grundschulen im Bundesvergleich deutlich kleiner. Baden-Württemberg liegt also bei der Klassengröße mit durchschnittlich 19,5 Kindern pro Klasse auf einem Spitzenplatz.



Im Zuge der Einführung der neuen Bildungspläne zum Schuljahr 2016/17 setzen wir uns dafür ein, dass die aktuell gültige Kontingentstundentafel schrittweise um vier Unterrichtsstunden erhöht wird. Durch eine zeitliche Stärkung in den Fächern Mathematik und Deutsch (je zwei Stunden) erhalten landesweit alle Grundschulen mehr Zeit für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Des Weiteren halten wir an einer stufenweisen Einführung des Fachs Ethik auch an der Grundschule fest.



Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Grundschule bestmöglich auf ihren weiteren Lebensweg vorbereitet werden. Dazu sollen in der Grundschule gute Grundlagen in Orthographie, eine gut lesbare Handschrift und gute mathematische Grundfähigkeiten vermittelt werden. Natürlich gilt es hierzu auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies muss mit Augenmaß geschehen, da im Grundschulbereich auch keine zu hohe Unterrichtsbelastung der Kinder eintreten darf. Hinzu kommt, dass Eltern gerade im Grundschulalter auch den deutlichen Wunsch haben, die Erziehung ihres Kindes selbst wahrnehmen zu dürfen.



Wir unterstützen den Kultusminister bei der Erhöhung der Grundschul-Stundentafel von derzeit noch 98 auf 102 Stunden für die Stärkung des Deutsch- und Mathematikunterrichts. Nach unserer Einschätzung bedarf es der Förderung vor allem in den Bereichen Lesen, Rechtschreibung und Mathematik. Wir möchten, dass Mittel für entsprechende Angebote in das den Schulen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesene Budget mit eingeplant in auskömmlichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Über die Ausgestaltung des Förderangebots sollen die Schulen selbst entscheiden. Hierdurch können die Kinder bei Bedarf ihr passendes Angebot wahrnehmen, ohne dass die Pflichtstundentafel für alle Kinder weiter erhöht werden muss.

Schließung von Grundschulen

Die Schließung kleiner Grundschulen wird mit dem Rückgang der Schülerzahlen begründet. Der demografische Wandel wird sich aber, auch bedingt durch die Migration, nicht so in den Schülerzahlen niederschlagen wie erwartet. Wie werden Sie mit den kleinen Grundschulen in den Gemeinden umgehen?



Wir Grüne wollen unser Schulsystem so umbauen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen alle Kinder, egal welcher Herkunft, beste Bildungschancen haben – und zwar nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Bei der Einführung der Regionalen Schulentwicklung haben wir die Grundschulen bewusst aufgenommen, weil für sie nach wie vor der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden wir am Grundsatz einer wohnortnahen Versorgung mit Grundschulbereichen festhalten.



Im Mittelpunkt einer Regionalen Schulentwicklung für Grundschulen muss die Qualität der Angebote stehen. Wir halten am Grundsatz einer wohnortnahen Versorgung im Grundschulbereich auch in der kommenden Legislatur fest. Sollte ein eigenständiger Schulbetrieb aufgrund stark rückläufiger Schülerzahlen nicht mehr möglich sein, so betrachten wir die Kooperationen von zwei oder mehreren benachbarten Schulstandorten sowie die Bildung von Außenstellen als einen pragmatischen Ansatz, Schülerinnen und Schüler weiterhin kurze Schulwege zu ermöglichen.



Für uns gilt das Motto „kurze Beine, kurze Wege“. Mit dem weiteren Ausbau des Bildungshauses 3 - 10 sowie dem Instrument der jahrgangskombinierten Klassen sollen möglichst viele Grundschulen trotz der erwarteten demografischen Entwicklung eine Perspektive haben. Wir wollen auch in Zukunft ein möglichst wohnortnahes Bildungsangebot von hoher Qualität – auch im ländlichen Raum. Grundschulen sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft und leisten im Gefüge des Schulsystems sowohl pädagogisch wie auch für die Identitätsfindung einen wichtigen Beitrag für unsere Kinder. Ein wohnortnahes Schulangebot entspricht dem Bedürfnis junger Familien und ist zugleich ein wesentlicher Standortfaktor für viele Gemeinden.



Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ ist hochzuhalten. Aus unserer Sicht sollten aber alle Schulen, und somit auch die Grundschulen, in eine umfassende regionale Schulentwicklung sein. Im Gegensatz zum auf Schulschließungen ausgerichteten Verfahren von Grün-Rot setzt sich die FDP für die Einrichtung von Bildungsregionen ein, die unter Berücksichtigung der Einzugsbereiche der verschiedenen Schultypen festgelegt und untergliedert werden. Jede Bildungsregion wird mit einem nach der Zahl der Schüler bemessenen Budget an Lehrerwochenstunden ausgestattet und gestaltet das Schulangebot eigenständig vor Ort aus. Hierdurch können bessere vor Ort passende Lösungen gefunden werden.

Weiterführende Schulen

In den weiterführenden Schulen muss den weniger leistungsstarken Schülerinnen und Schülern Hilfe angeboten werden, damit alle das Bildungsziel erreichen. Welche Unterstützungssysteme plant Ihre Partei für diese Schülerinnen und Schüler?



Die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler stellt unsere Schulen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund haben wir in den letzten Jahren allen Schularten zusätzliche Poolstunden zur Verfügung gestellt. Mit diesen können die Schulen Förderstunden einrichten oder Klassenteilungen vornehmen. Für den Umgang mit unterschiedlichsten Schülerinnen und Schülern ist dies eine wichtige Unterstützung. Zudem können so neue Lernmethoden besser integriert werden. Die Realschulen hatten in der Vergangenheit keine Poolstunden. Künftig verfügen sie über sechs, später zehn Poolstunden. Die Gymnasien bekommen statt zehn nun 11,7 Poolstunden. Zusätzlich investieren wir jährlich 25 Mio. Euro in die Schulsozialarbeit. In den nächsten Jahren werden wir uns besonders dafür einsetzen, den Ausbau von Ganztagschulen an allen weiterführenden Schulen weiter voranzubringen.



Wir werden die Zahl der Poolstunden an den Realschulen in den kommenden drei Jahren auf 10 pro Zug erhöhen. Zusätzlich führen wir den Hauptschulabschluss an der Realschule ein und setzen die finanzielle Förderung der Schulsozialarbeit fort. Ferner sprechen wir uns für eine schulgesetzliche Verankerung des Ganztagsbetriebs an allen weiterführenden Schularten ein. Damit individuelle Förderkonzepte auch erfolgreich angewandt werden können, stehen wir ebenso für einen Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer von allen Schularten.



Wir setzen auf ein modernes und leistungsdifferenziertes Schulwesen, das auch weniger leistungsstarken Schülerinnen und Schülern eine passgenaue Förderung ermöglicht. Neben der Haupt-/Werkrealschule, die langjährige beste Erfahrungen mit der Unterstützung leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler hat, sollen auch die Gemeinschaftsschule und die Realschule Baden-Württemberg eine Option sein. Wir wollen der einzelnen Realschule den notwendigen Freiraum geben, damit sie die für ihre Schülerinnen und Schüler passende Organisationsform selbst festlegen kann. Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist an jeder Schule verschieden und bedarf jeweils einer passenden Antwort. So sollen die Schülerinnen und Schüler die tatsächlich benötigte Unterstützung erhalten können. Die Förderung kann in Klasse 5 und 6 in einem eigenen Zug zum Hauptschulabschluss oder alternativ in leistungsgemischten Zügen erfolgen. Dabei soll gerade für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler neben gemeinsamem Unterricht auch ein ergänzendes differenziertes Unterstützungsangebot gemacht werden. Wir sind uns sicher, dass vor Ort die für das einzelne Kind richtigen pädagogischen Entscheidungen getroffen werden.



Wir wollen jeder Schule ein Budget zur eigenständigen Bewirtschaftung und Personalentwicklung zur Verfügung stellen. Hierbei sollen zusätzlich zum Pflichtunterricht vor allem auch in auskömmlichem Maße Mittel für Unterrichtsvertretung, eigene Schwerpunktsetzungen und Förder-/Stützkursangebote zur Verfügung stehen. Die Schulen gestalten dann ihr Unterrichts- und Förderangebot in eigener Verantwortung aus. Die Schulen beziehungsweise die Lehrerinnen und Lehrer können nach unserer Auffassung am besten selbst entscheiden, welche Angebote jeweils am erfolgversprechendsten sind.

Ganztagspädagogik

Ein qualitativ guter Ganztagsschulbetrieb findet in unserer Gesellschaft immer mehr Anerkennung und die Pädagogik des Ganztags wird von den Eltern zunehmend geschätzt. Welchen Stellenwert wird die Ganztagschule in Ihrer Bildungspolitik spielen?



Die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz war für uns Grüne ein wichtiger bildungspolitischer Meilenstein, um Kindern optimale Bildungschancen zu bereiten und für Familien eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf zu ermöglichen. So profitieren Kinder, Eltern und Familien. Durch das rhythmisierte Ganztagsangebot schaffen wir bessere Lernvoraussetzungen für die Schülerinnen und Schüler, damit sie am Ende zu dem für sie individuell bestmöglichen Bildungserfolg geführt werden. Wir haben damit außerdem eine flexible Lösung für die Bedürfnisse vor Ort erreicht. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot von Ganztagsgrundschulen. Wir streben an, dass sich bis 2023 rund 70 Prozent der Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen an dem neuen Ganztagsschulprogramm beteiligen. Dafür investiert das Land ab dem Schuljahr 2014/2015 im Endausbau rund 158 Mio. Euro. Wir Grüne möchten auch für die weiterführenden Schulen eine gesetzliche Grundlage für Ganztagesangebote auf den Weg bringen.



Die SPD wirbt für eine Ganztagsgarantie von der Geburt bis zum letzten Schultag. Der Ausbau der Ganztagschule besitzt daher einen zentralen Stellenwert. Im Bereich der Grundschulen, an den Grundstufen von Förderschulen und den Gemeinschaftsschulen haben wir bereits eine verbindliche, gesetzliche Grundlage mit verbesserten Rahmenbedingungen geschaffen. Die SPD steht für eine gesetzliche Verankerung der Ganztagschule auch an den übrigen weiterführenden Schulen und einen weiteren Ausbau im Bereich der Grundschulen. Grundsätzlich gilt, dass der Ausbau auf Basis der Nachfrage vor Ort eingeleitet wird und es flexible Wahlmöglichkeiten gibt.



Wir wollen ein familienfreundliches und flexibles Ganztagsangebot mit einer echten Wahlfreiheit für die Eltern. Daher messen wir dem Gelingen eines Ganztagsangebots, welches den Bedürfnissen vor Ort entspricht, einen hohen Stellenwert bei. Die Orientierung am Elternwunsch muss für den weiteren Ausbau der Ganztagesangebote maßgeblich sein. Eltern sollen dabei frei zwischen der sogenannten offenen oder der gebundenen Form wählen können. Niemand darf gezwungen sein, sein Kind in eine Ganztagschule schicken zu müssen. Die ergänzenden Angebote wie Hort, verlässliche Grundschule und Ferienbetreuung müssen mit dem Ganztagsangebot verzahnt werden. Kleinen Grundschulen soll er-möglicht werden ein gemeinsames Ganztagsangebot auch mit benachbarten weiter-führenden Schulen bzw. Schulträgern oder ein jahrgangsübergreifendes Angebot organisieren zu können. Es sollen möglichst viele standortindividuelle Lösungen rea-lisiert werden. Dazu sollen die Schulen gemeinsam mit dem Schulträger kreative und standortspezifische Lösungen entwickeln können.



Noch vor Grün-Rot hat die FDP/DVP Fraktion einen Gesetzentwurf zur Ganztagschule in den Landtag eingebracht (Drucksache 15/4025). Wir lehnen die einseitige Ausrichtung auf verpflichtend-rhythmisierte Ganztagschule wie bei Grün-Rot ab. Wir wollen im Sinne der Wahlfreiheit für die Eltern auch offene Angebote einrichten. Die Ausgestaltung des jeweiligen Ganztagsangebots sollte in den Händen der Verantwortung vor Ort liegen. Deshalb treten wir dafür ein, dass zusätzlich zur verpflichtendrhythmisierten auch die offene Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen wird.

Individuelles Lernen

Welche Maßnahmen und Rahmenbedingungen werden Sie schaffen, damit individuelles Lernen an den Schulen erfolgreich umgesetzt werden kann?



Angesichts der zunehmend heterogeneren Zusammensetzung der Schülerschaft ist es erforderlich, dass sich auch die pädagogischen Konzepte weiterentwickeln. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass sie individuell auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sind und dabei die jeweiligen Lernvoraussetzungen, Vorerfahrungen, Stärken und Schwächen besser erfassen. Dort muss dann individuelle Förderung ansetzen. Mit der Bildungsplanreform schaffen wir eine Grundlage für eine systematische individuelle Förderung und den besseren Umgang mit der Heterogenität an unseren Schulen. Gleichwohl gilt es, unsere Lehrerinnen und Lehrer auf diese Herausforderungen vorzubereiten und ihnen das entsprechende Methodenrepertoire bereitzustellen. Wir werden hierfür die bestehenden Fortbildungsangebote ausweiten. Um mehr individuelle Förderung in den Unterricht zu bringen, setzen wir Grüne uns weiter für mehr Fortbildungen und Poolstunden ein.



Abgeleitet aus den Erkenntnissen der Neurobiologie wissen wir, dass Lernen ein sehr individueller Prozess ist. Entsprechend gilt es, Lehrerinnen und Lehrer Hintergrundwissen über diesen Lernprozess zu vermitteln und ein entsprechendes Methodenrepertoire zur Verfügung zu stellen. Diesbezüglich werden wir die Zahl der Fortbildungsangebote ausweiten und eine Online-Bildungsplattform für den wechselseitigen Austausch von Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung stellen. Ebenso sorgen die Kompetenzraster des neuen Bildungsplans für eine verbesserte Orientierung und eine Visualisierung der individuellen Lernfortschritte. Um die Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern rückmelden zu können, setzen wir uns ebenso für einen erhöhten Einsatz von Coaching und Poolstunden ein.



Ein differenziertes Schulsystem bietet dem einzelnen Schüler in einer möglichst homogenen Klasse die passende individuelle Förderung. Dadurch können Über- oder Unterforderung – und die damit verbundenen Frustrationen – möglichst vermieden werden. Entscheidend ist, dass Durchlässigkeit sowie Anschlussfähigkeit („kein Abschluss ohne Anschluss“) zwischen den Schularten funktioniert. Wir stehen für eine Bildungspolitik, die auf differenzierte Schularten setzt: Jede Schülerin und jeder Schüler soll ihren/seinen Weg gehen können. Mit seinen vielfältigen Angeboten soll es den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schüler wirklich gerecht werden; unterschiedliche Entwicklungsverläufe müssen eine Chance haben. Nicht alle Kinder lernen gleich schnell – auch Früh-/Spätdenkenler müssen ihren Weg gehen können.



Jede Schule sollte nach unserer Auffassung frei entscheiden können, welche pädagogischen Angebote jeweils vonnöten sind beziehungsweise den größten Nutzen entfalten. Individuelle Förderung darf kein Privileg der eimeinschaftsschule sein, sondern wird von allen Schulen praktiziert. Dies sollte im Rahmen des der jeweiligen Schule zugewiesenen Budgets berücksichtigt werden. Außerdem setzt sich die FDP dafür ein, dass alle Schulen, auch die Realschulen und Gemeinschaftsschulen, Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus einrichten dürfen.

Inklusion

1. Werden Sie sich für den Erhalt der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren einsetzen?
2. Halten Sie zur Realisierung der Inklusion am Zwei-Pädagogen-Prinzip fest?



1. Wir haben mit der Abschaffung der Sonderschulpflicht das Wahlrecht der Eltern gestärkt. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren spielen für uns Grüne eine wichtige Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung der schulischen Inklusion. Sie sind der Ort, wo die sonderpädagogischen Kompetenzen liegen. Sie sind unverzichtbar, weil sie auch eigene Bildungsangebote vorhalten müssen, um den Erziehungsberechtigten eine Wahlmöglichkeit zu bieten. Deshalb werden wir sie nicht nur erhalten, sondern wollen sie stärken, weil sie sich auch für Kinder ohne Behinderungen öffnen sollen.

2. Für die Umsetzung der schulischen Inklusion sind bis zum Schuljahr 2022 insgesamt 1350 neue Lehrerstellen vorgesehen. Die Expertise von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ist dabei von zentraler Bedeutung. Deshalb streben wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip in gruppenbezogenen inklusiven Bildungsangeboten an.



1. Durch die Abschaffung der Sonderschulpflicht erhalten Eltern eine Wahlmöglichkeit. Diese Wahlmöglichkeit ist nur dann aufrecht zu erhalten, wenn das inklusive Angebot an der allgemeinen Schule und am Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) gleichwertig sind. Einer qualitativen Schwächung der SBBZ erteilen wir daher eine klare Absage.

2. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Daher setzen wir auf eine personelle Ausweitung im Bereich der Sonderpädagogik. Bis 2022 werden wir schrittweise 1.300 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen zusätzlich einsetzen, um den Grundsatz eines Zwei-Pädagogen-Prinzip im Rahmen gruppenbezogener Unterrichtsformen überhaupt einlösen zu können. Davon wurden bereits 400 zusätzliche Deputate realisiert. Die SPD steht für die Einhaltung dieses Personalentwicklungspfads.



1. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) müssen in ihrer hohen Qualität erhalten bleiben, nur dann können sie der Inklusion wertvolle Impulse geben. Mit großer Sorge sehen wir, dass qualifizierte Sonderpädagogen von den SBBZ an die allgemeinen Schulen abgezogen werden. Ihre Fachexpertise geht so dauerhaft den SBBZ verloren.

2. Es war falsch eine flächendeckende Inklusion zu starten, ohne zuvor die notwendigen Voraussetzung geschaffen zu haben. Wir wollen ein funktionierendes Zwei-Pädagogen-Prinzip an den allgemeinen Schulen, nach dem die Lehrkraft der allgemeinen Schule durch einen Sonderpädagogen in der Klasse unterstützt wird. Wir wollen den erfolgreichen Weg der Inklusion als gleichwertiges Angebot stärken und weiterentwickeln. Daneben gilt es auch weiterhin das Angebot der Außenklassen zu stärken.



Nach Auffassung der Freien Demokraten müssen die Sonderschulen unbedingt erhalten werden. Um das von Grün-Rot im Zusammenhang mit der Inklusionsgesetzgebung billigend in Kauf genommene Ausbluten der Sonder- und Förderschulen zu verhindern, hat die FDP/DVP Fraktion beantragt, die Streichung der Bezeichnung „Sonderschule“ rückgängig zu machen und stattdessen im Gesetz festzuschreiben, dass die Sonder- und Förderschulen als sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren auch für die fachliche Betreuung und Unterstützung der allgemeinen Schulen bei ihren Inklusionsangeboten zuständig sind. Auch im Rahmen der Inklusionsangebote wollen wir das hohe Niveau der sonderpädagogischen Förderung erhalten. Das betrifft auch die Ausstattung mit Personal und Sachmitteln.

Schulleiterbesoldung

Die Struktur der Schulleiterbesoldung befindet sich seit geraumer Zeit in einer Schieflage (z. B. Abstandsgebot). Diese Schieflage wird durch die neue Lehrkräftebesoldung bestärkt. Wie schaffen Sie Abhilfe?



Den Schulleitungen kommt eine besondere Rolle in der Gestaltung und Lenkung starker und profilierter Schulen zu. Da die Schulleitungen für die Qualität der Schulen so wichtig sind, wollen wir sie entlasten und ihnen mehr Freiraum für die pädagogische Entwicklung ihrer Schulen zur Verfügung stellen. Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode die Funktionsämter für Schulleiterinnen und Schulleiter an kleinen Grund-, Haupt- und Werkrealschulen angehoben, um die Gewährleistung eines besoldungsrechtlichen Abstands sicherzustellen. Um die Schulleiterinnen und Schulleiter von kleinen Schulen zu entlasten, wurden zudem im zweiten Nachtragshaushalt 2015 88 Deputate zur Verfügung gestellt.



Für die SPD ist klar, dass Schulleiterinnen und Schulleiter eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, die es zu würdigen gilt. Durch die jüngste Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und die Entscheidung, zukünftige Sekundarstufenlehrerinnen und Sekundarstufenlehrer nach A13 zu vergüten, wurde eine erhöhte Anpassung bei der Einstufung von betroffenen Schulleitungen sowie eine finanzielle Besserstellung von Konrektorenstellen bereits vorgenommen. Einer weiteren Verbesserung auch in anderen Schularten stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, sofern die finanziellen Mittel vorhanden sind.



Nicht zuletzt durch die Schaffung einer A 13-Eingangsbesoldung für alle Haupt-/Werkrealschullehrer ist das Gehaltsgefüge in komplette Schieflage geraten. Wir wollen, dass auch die Schulleitung einer kleineren Grundschule ein attraktives Amt bleibt. Die Mehrbelastung der Funktion Schulleitung muss gegenüber einer einfachen Unterrichtstätigkeit auch im Gehalt ihren Niederschlag finden. Wir haben das Thema Schulleitung im Fokus und wollen nach der Landtagswahl die notwendigen Korrekturen vornehmen. Die Funktion der Schulleitung muss attraktiv bleiben! Nur so lassen sich die besten Köpfe für diese Aufgabe auch gewinnen.



Wir nehmen wahr, dass die Besoldung der Schulleitungen unter Grün-Rot in eine Schieflage geraten ist. Insbesondere die Einstufung der Gemeinschaftsschulleiter in die Besoldungsgruppe A15 ist hier zu nennen, die im Kontrast zur Eingruppierung der Haupt-/Werkrealschulleiterinnen und -leiter steht. Grundsätzlich halten wir mehr Beförderungsmöglichkeiten im gesamten Schulbereich für erstrebenswert, um Leistungsanreize zu schaffen. Wir sehen im Bereich der Schulleiterinnen und Schulleiter die Priorität bei der verwaltungstechnischen Entlastung durch Schulassistenten.

Schulleitungen

In ganz Baden-Württemberg fehlt es an Bewerberinnen und Bewerber für Schulleiterstellen. Was tut Ihre Partei um diesen Missstand zu beseitigen?



Um besonders engagierte und kompetente junge Lehrerinnen und Lehrer für die Aufgaben der Schulleiterin und des Schulleiters zu gewinnen, muss der Beruf attraktiver werden. Deshalb sollen interessierte Lehrkräfte schon frühzeitig in die Aufgaben des Schulleitungsteams eingebunden werden. Durch Vorbereitungsseminare wollen wir Interessierte besser auf die Aufgaben vorbereiten. Das vom Kultusministerium initiierte Projekt „Fit für Führung“ kann aus Sicht von uns Grünen dafür weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, die Attraktivität des Berufsbildes der Schulleiterin und des Schulleiters zu verbessern.



Die SPD möchte die Bereitschaft zur Übernahme von Schulleitungsaufgaben weiter unterstützen. Im Mittelpunkt der kommenden Legislatur steht deshalb für uns eine Diskussion um die Erhöhung der Leitungszeit und eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben. Erste Verbesserungen konnten wir bereits umsetzen. So haben wir die Leitungszeit an Kleinstschulen um zwei Deputatsstunden erhöht. Für große Real- und Gemeinschaftsschulen sowie sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren wurde das Amt eines zweiten Konrektors neu geschaffen bzw. die Voraussetzungen für dieses Amt angepasst. An der Fortsetzung von bereits vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen für Schulleitungen in Form zusätzlicher Fortbildungs- und Informationsangebote in den Bereichen Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Coaching halten wir fest.



Die Schulleitung ist der „pädagogische Motor“ der Schule. Sie sichert und verbessert die Schulqualität und hat deren weitere Entwicklung im Blick. Wir wollen den Schulen mehr Selbstständigkeit geben, nicht nur in Methodik und Didaktik, sondern auch bei der Personalauswahl und -führung. Wir sind überzeugt, dass eine eigenständigere Schule mit mehr Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auch mehr Qualität erreicht. Das Führungspersonal, insbesondere die Schulleitungen, nehmen eine Schlüsselrolle ein. Wir wollen sie zur Wahrnehmung ihrer Führungsaufgaben stärken, beispielsweise durch spezifische Fortbildungsmodulare. Dabei geht es nicht nur um fachliche Fortbildung, sondern ebenso um die nachhaltige Stärkung ihrer Führungspersönlichkeit. Das Land muss frühzeitig Nachwuchs für Leitungspositionen gewinnen und für eine entsprechende Aus- und Fortbildung sorgen. Wir wollen Schulleitungen von den überbordenden Verwaltungsaufgaben entlasten; sie müssen sich ihren Kernaufgaben engagiert widmen können.



Eine große Last für Schulleitungen sieht die FDP vor allem in der Bürokratie und dem Verwaltungsaufwand in den Schulen. In Regierungsverantwortung haben wir deshalb den Schulversuch „Schulverwaltungsassistenten“ initiiert, der seit dem Schuljahr 2006/2007 läuft und sich sehr gut bewährt hat. Wir sehen in der Entlastung der Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, weil dadurch auch mehr Zeit für Aufgaben der schulischen Qualitätsentwicklung bleibt. Wir wollen deshalb die Schulverwaltungsassistenten flächendeckend ausbauen. Außerdem halten wir ein Qualifizierungsprogramm für Schulleitungspersonal, wie es seinerzeit die CDU/FDP-Landesregierung initiiert hat, für unerlässlich zur Schulleiter-Gewinnung.

Lehrkräftebesoldung

Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen in den Haupt- und Werkrealschulen müssen sich Hauptschullehrkräfte beruflich neu orientieren. Sie werden künftig an Real-, Gemeinschafts- und Sonderschulen unterrichten, gemeinsam mit den nach A13 besoldeten Sek.I- und Sonderschullehrkräften. Wird Ihre Partei für diese Lehrkräfte Beförderungssämter in Besoldungsgruppe A13 schaffen?



Die grün-rote Landesregierung hat die Besoldung der neu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer im Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule reformiert. Demnach werden künftig alle Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Studium auf Basis des im Jahr 2011 neu gestalteten Lehramtes absolviert haben und ab dem 01.01.2016 in den Vorbereitungsdienst eintreten, einheitlich in der Besoldungsgruppe A13 besoldet. Die Landesregierung hat damit ein weiteres Versäumnis der CDU-geführten ehemaligen Regierung bereinigt. Wir wollen zudem allen Lehrerinnen und Lehrern der Haupt- und Werkrealschulen eine neue Perspektive geben. Wir brauchen sie an den Real- und Gemeinschaftsschulen und wollen daher Möglichkeiten für einen Laufbahnwechsel schaffen. Das Konzept hierfür will das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Ende 2015/Anfang 2016 vorstellen.



Wir brauchen alle Lehrkräfte zur Bewältigung der großen Zahl an Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Haupt- und Werkrealschullehrkräfte in den kommenden Jahren die Möglichkeit einer beruflichen Weiterqualifizierung erhalten, welche die fachliche Grundlage schafft, an anderen Schularten zu unterrichten. Im Zuge dessen betrachten wir eine gleichwertige Besoldung für zwangsläufig. Entsprechend gilt es, zusätzliche Beförderungen in ausreichender Zahl zu schaffen.



Leistung muss sich lohnen! Bereits im Zuge der Qualitätsoffensive Bildung hatten wir für 20 Prozent der Haupt-/Werkrealschullehrkräfte ein Beförderungssamt A 13 geschaffen. Die derzeitige Landesregierung hat dies aus nicht nachvollziehbaren Gründen gestrichen. Stattdessen will sie jetzt alle Neueinsteiger in A 13 besolden; erfahrene, motivierte und engagierte Lehrkräfte gehen leer aus. Das ist zutiefst ungerecht! Wir wollen ein Qualifizierungskonzept für Lehrkräfte an von der Schließung bedrohten Haupt-/Werkrealschulen, da auch einen möglichen Aufstieg beinhaltet. Unsere Forderung lief bislang ins Leere; nach der Landtagswahl wollen wir dies unverzüglich angehen.



Die FDP-Fraktion unterstützt die Einstufung der neuen Haupt-, Werkreal- und Realschullehrer in A13. In diesem Zusammenhang hat die FDP-Fraktion einen Entschließungsantrag auf Erarbeitung eines Weiterentwicklung- und Aufstiegskonzepts für die A12-Lehrer an den Haupt-/Werkrealschulen bis zum Jahresende vorgelegt; trotz grundsätzlicher Zustimmung hat die grün-rote Koalition den Antrag abgelehnt. Für das Ziel unseres Antrags werden wir uns dessen ungeachtet weiter einsetzen.

Schulaufsicht

Eine gut funktionierende und gut ausgestattete Schulaufsicht ist Grundbedingung für ein funktionierendes Schulwesen. Welche Organisationsentwicklung planen Sie für die Schulaufsicht?



Wir teilen Ihre Auffassung, dass eine gut funktionierende und ausgestattete Schulaufsicht die Grundbedingung für ein erfolgreiches Bildungssystem ist. Daher haben sich die Strukturen der Schulaufsicht der Erfordernissen der Schullandschaft anzupassen.



Die erfolgreiche Umsetzung bereits angestoßener Reformprozesse kann nur gelingen, wenn die Schulaufsicht gut funktioniert und personell adäquat für die jeweilige Aufgabenerfüllung ausgestattet ist. Deshalb haben wir im Zuge der Schulgesetzänderungen zur Regionalen Schulentwicklung und Inklusion einen entsprechenden Personalszuwachs bei der Schulaufsicht unterstützt. Für die kommenden Jahren gilt es, diesen Grundsatz weiter zu verfolgen und Rahmenbedingungen abzusichern, dass die Staatlichen Schulämter und die Regierungspräsidien, ihre neuen Aufgaben z. B. als Moderator oder Koordinator regionaler Schulentwicklungsprozesse oder der Umsetzung inklusiver Unterrichtsangebote vollumfänglich wahrnehmen können.



Im Zuge der bildungspolitischen Veränderungen wurde die Schulaufsicht mit einer Reihe zusätzlicher Aufgaben (RSE; Inklusion) erheblich belastet. Verschärft wird die Situation durch die Umbrüche im Schulsystem: Lehrerinnen und Lehrer der HS/WRS müssen sich neu orientieren; die Schließung von Standorten ist zu begleiten. Wir erkennen, dass die Schulverwaltung an der Grenze des Leistbaren steht. Wir wollen eine leistungsstarke Schulaufsicht, wozu unabdingbar klare Strukturen gehören. Wir stehen zur gestuften Schulverwaltung, damit auch künftig regionale Kenntnisse in deren Entscheidungen einfließen können. Eine Optimierung wollen wir im Zusammenwirken RP/SSÄ anstreben, wobei wir die Zuständigkeiten für das Gymnasium sowie die beruflichen Schulen ausschließlich bei den Regierungspräsidien sehen.



Mehr Eigenständigkeit für die Schulen, was wir Freien Demokraten anstreben, bedeutet zugleich ein sich wandelndes Aufgabenspektrum und Rollenverständnis der Schulverwaltung. Es gilt, die Schulen in ihren Qualitätsentwicklungsvorhaben zu beraten und zu begleiten, ihnen pädagogische, fachliche, organisatorische und rechtlich-administrative Hilfestellungen zu geben und hinsichtlich des Schulangebots und der Schulorganisation in einer Region koordinierende und moderierende Aufgaben wahrzunehmen. Dementsprechend wird sich die Schulverwaltung künftig mehr als Dienstleister, Schulentwicklungsbegleiter und Bildungsnetzwerker begreifen.

Lehrerbildung

1. Die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung ist unumstritten. Die Studiendauer für Grundschullehrkräfte wird aber mit 8 Semestern kürzer als die Studiendauer bei anderen Lehrämtern. Wie steht Ihre Partei zu der kürzeren Ausbildung?
2. Was werden Sie im Hinblick auf die Lehrerausbildung tun, um den Lehrerberuf zu decken?



Die Arbeit von Grundschullehrkräften ist besonders fordernd und verantwortungsvoll. Wir wollen daher evaluieren, ob sich das erst 2010 eingeführte achtsemestrige Studium bewährt hat und gegebenenfalls eine Angleichung an andere Lehramtsstudiengänge vornehmen. Mit der Reform der Lehrerbildung durch die grün-geführte Landesregierung wurden wichtige Grundsteine dafür gelegt, die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zeitgemäß und attraktiv zu gestalten. Wir wollen zudem die Fortbildungsangebote ausbauen und Möglichkeiten zur Entlastung der Lehrkräfte im Rahmen der inneren Schulentwicklung schaffen.



1. Sehr gute Schulen brauchen in erster Linie eines: Sehr gute Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb haben wir die Lehrerbildung weiterentwickelt. Die Studiendauer für die Grundschule wurde zuletzt vor der Umstellung von Bachelor und Master bereits auf acht Semester erhöht. Bisher liegt noch keine Evaluation über die konkreten Auswirkungen dieser Studienzeiterhöhung vor. Sollte sich abzeichnen, dass die Ausbildungsdauer nicht adäquat auf die aktuellen Herausforderungen des Berufes vorbereitet, gilt es auch über eine verlängerte Ausbildungsdauer zu diskutieren.
2. Der konkrete Lehrerberuf wird in den kommenden Jahren trotz rückläufiger Schülerzahlen nicht sinken. Neben der hohen Zahl an Pensionierungen erfordern insbesondere die hohe Zahl an Flüchtlingen sowie die Umsetzung der bildungspolitischen Reformprozesse wie Inklusion oder Ganztags ein unvermindert hohes Einstellungsniveau. Die SPD steht deshalb für eine bedarfsorientierte Einstellungspolitik. Insbesondere an den Grund-, Haupt-/Werkrealschulen sowie Gemeinschaftsschulen, den Realschulen und den beruflichen Schulen gibt es verbesserte Einstellungsmöglichkeiten. Anstrengungen zu verstärken, gilt es im Feld der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen.



„Auf den Lehrer kommt es an!“ – Deshalb wollen wir der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer auch künftig große Aufmerksamkeit schenken. Sie ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die hohe Qualität des Unterrichts. Eine möglichst praxisbezogene Lehrerbildung mit hoher fachlicher Kompetenz ist für uns der richtige Weg. Um die Lehrkräfte bestmöglich auf die jeweiligen Anforderungen der differenzierten Bildungsgänge vorzubereiten, wollen wir an der schulartorientierten Lehrerausbildung – mit Grundschullehramt, Haupt-/Werkreal-/Realschullehramt und Gymnasiallehramt – festhalten. Im Zuge der grün-roten Reform der Lehrerausbildung wurde wegen der geringeren fachlichen Tiefe die Studiendauer für das Grundschullehramt auf 8 Semester festgelegt. Es gilt zu beobachten, ob diese Dauer ausreichend ist oder ob es auch hier einer Nachbesserung bedarf.



Es geht auf eine Initiative der FDP/DVP Fraktion zurück, dass die Regelstudienzeit für Grundschullehrkräfte von 6 auf 8 Semester angehoben wurde. Auch die Forderung nach einer weiteren Regelstudienzeiterhöhung für angehende Grundschullehrer können wir grundsätzlich nachvollziehen. Da eine längere Regelstudienzeit auch eine höhere Eingruppierung nach sich ziehen würde, bitten wir um Verständnis, dass wir dem Aufstieg beziehungsweise der Beförderung der bislang noch in 12 eingestufteten Haupt-/Werkrealschullehrkräfte Vorrang geben. Eine fundierte und differenzierte Lehrerausbildung halten wir für unerlässlich. In Mangelbereichen wollen wir die Möglichkeit eines Quereinstiegs mit pädagogischer Nachqualifizierung eröffnen.

Flüchtlingsthema

Der Spracherwerb gilt als Grundbedingung für die soziale Integration von Flüchtlingskindern. Was wird Ihre wichtigste Maßnahme sein, um das Erlernen der deutschen Sprache für die Flüchtlingskinder in den Schulen schnell zu gewährleisten?



Die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für eine Integration der Flüchtlingskinder ist für uns Grüne ein wichtiges Anliegen. Daher haben wir rund 1.200 zusätzliche Deputate für die Vorbereitungs- und VABO-Klassen zur Verfügung gestellt. Zudem hat die Landesregierung rund 3 Mio. Euro für weitere Sprachfördermaßnahmen im vorschulischen Bereich bereitgestellt. Damit wollen wir den Kindern einen guten Start in Baden-Württemberg ermöglichen. Um den besonderen pädagogischen Herausforderungen in Vorbereitungsklassen gerecht zu werden, wurden zudem die formellen Hürden gesenkt. Die Schulen haben nun die Möglichkeit, Vorbereitungsklassen unterhalb der in der derzeit gültigen Verwaltungsvorschrift angegebenen Mindestschülerzahl zu bilden. Zusätzlich können zudem Förderkurse für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Problemlagen angeboten werden, z. B. für Kinder mit geringer vorschulischer Bildung oder Analphabeten. Damit die Lehrerinnen und Lehrer auf diese Herausforderung besser vorbereitet werden können, haben wir zudem die Fortbildungsangebote zur Didaktik und Methodik des Unterrichts in Vorbereitungsklassen ausgeweitet. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, die Altersgrenze für die VABO Klassen von derzeit 20 auf 25 Jahre anzuheben.



Als SPD sehen wir in der Bewältigung der großen Zuwanderung von Flüchtlingen eine besondere Verantwortung, aber auch Chance. Wir sind bereit, die erforderlichen Ressourcen für den Spracherwerb bereits im Kindergartenalter bedarfsorientiert zur Verfügung zu stellen und ebenso im Schulbereich die Zahl der Vorbereitungsklassen auszuweiten. Bereits in den vergangenen beiden Schuljahren haben wir über 1.100 zusätzliche Lehrerstellen hierfür geschaffen. Als flankierende Maßnahmen sind jedoch ebenso erforderliche Mittel für Coaching und Supervision der Fachkräfte erforderlich. Darüber hinaus sprechen wir uns für einen Ausbau der Qualifizierung von Deutsch als Fremdsprache für interessierte Lehrkräfte aus.



Für uns gilt: Sprache ist der entscheidende Schlüssel für eine gelingende Integration! Deshalb sollen Flüchtlingskinder, die längerfristig oder dauerhaft bei uns bleiben, möglichst frühzeitig eine Sprachförderung erhalten. Das braucht aber mehr als nur die Schaffung von Lehrerstellen: Wir brauchen ein Qualifizierungskonzept für Deutsch als Zweitsprache, schließlich geht es im Unterricht mit den Flüchtlingen nicht einfach darum Deutsch zu unterrichten. Für den Unterricht mit den Flüchtlingskindern braucht es ein ganz anderes pädagogisches Konzept. Lehrerinnen und Lehrer stoßen an ihre Grenzen und werden vielfach alleingelassen. Zwar besteht in der Lehrerschaft eine große Hilfsbereitschaft, die jedoch durch die Konzeptionslosigkeit des Kultusministers gefährdet wird. Es bedarf dringend eines Unterstützungssystems durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologen, Traumatherapeuten, Dolmetscher sowie eine engere Kooperation der Schulen mit Jugendhilfe und Beratungsstellen u.v.m..



Die FDP will die Vorbereitungsklassen mit Deutschunterricht an den allgemeinbildenden Schulen sowie berufsvorbereitende Klassen an den Beruflichen Schulen zügig und bedarfsgerecht auszubauen, so dass für jeden Flüchtling bis zu einem Alter von 25 Jahren ein passendes schulisches Angebot bereit steht. Einen Antrag zur Bedarfsermittlung hinsichtlich des Personals haben wir bereits in den Landtag eingebracht (Drucksache 15/7453). Außerdem wollen wir die vielfältigen Aktivitäten zur Sprachförderung im Kindesalter intensivieren, um bei allen Kindern eine solide sprachliche Basis für ihre Bildung zu gewährleisten. Dies gilt – unabhängig vom Aufenthaltstitel – auch und gerade für Kinder, die aus anderen Ländern zu uns kommen.

Fachlehrer

Was werden Sie für die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten von Fachlehrerinnen und Fachlehrern tun?



Sonderpädagogische Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte bereichern aufgrund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung die pädagogische Arbeit an unseren Schulen. Aus diesem Grund haben wir ihre Ausbildung neugestaltet. Die Reform zielt darauf ab, die Ausbildungsdauer beider Ausbildungsgänge auf einheitlich drei Jahre zu verlängern. Damit soll den erweiterten pädagogischen Anforderungen an diese Berufsgruppe Rechnung getragen werden, etwa im Hinblick auf den Umgang mit Heterogenität und der Umsetzung inklusiver Bildungsangebote. Die Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte werden für die Arbeit in multiprofessionellen Teams vorbereitet und weiterqualifiziert. Die Ausbildungsreform ist ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation und Stärkung dieser Berufsgruppe. Außerdem wollen wir damit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Personalentwicklungsplans den bestehenden Beförderungsstau abbauen.



Trotz großer Bemühungen ist es uns in den vergangenen Jahren nicht ausreichend gelungen, die Situation der Fachlehrerinnen und Fachlehrer wesentlich zu verbessern. So gab es 2012-2015 an den allgemeinen Schulen lediglich 710 Beförderungen und 365 an den beruflichen Schulen und Sonderschulen. Wir können aber bereits jetzt in Aussicht stellen, dass 2016 die Zahl der Beförderungen bei weiteren 473 Fachlehrerinnen und Fachlehrern von allgemeinen Schulen umgesetzt werden wird. Die SPD steht an der Seite der Fachlehrerinnen und Fachlehrer und wird sich auch in der kommenden Legislatur für bessere Arbeitsbedingungen von Fachlehrerinnen und Fachlehrer einsetzen.



Uns ist bewusst, dass die Fachlehrerinnen und Fachlehrer eine engagierte und äußerst wichtige Arbeit an den Schulen in unserem Land leisten. Aus diesem Grund hatte die CDU-geführte Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach mit Stellenhebungen in teilweise erheblichem Umfang – insgesamt 800 neue Beförderungsstellen – auf den bestehenden Beförderungsstau bei den Fachlehrerinnen und Fachlehrern reagiert. Nach einer erfolgreichen Landtagswahl wollen wir erneut bedarfsgerecht Beförderungsstellen schaffen.



Wir sind der Auffassung, dass Leistung angemessen entlohnt werden muss und dass echte Beförderungsperspektiven, beispielsweise im öffentlichen Dienst, wichtige Leistungsanreize darstellen. Da die gehaltsmäßige Eingruppierung zahlreicher Fachlehrkräfte und technischer Lehrkräfte aus Sicht der FDP Fraktion ihrer Leistung nicht gerecht wird, haben wir in der vergangenen Legislaturperiode begonnen, den Beförderungsstau für Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte bei Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen abzubauen. 800 neue Beförderungsstellen haben wir seinerzeit hierzu geschaffen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Schularten

Wie sehen Sie die Weiterentwicklung der Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen?



Wir haben allen Hauptschulen die Möglichkeit eröffnet, bei genügend Anmeldungen auch den Werkrealschulabschluss anzubieten. Dafür wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Auch die Weiterentwicklung der Realschulen (RS) haben wir auf den Weg gebracht und ihnen erstmals zusätzliche Lehrerstunden für die individuelle Förderung der Kinder gegeben. Damit kann an den RS neben der Mittleren Reife künftig auch der Hauptschulabschluss erworben werden und die Schülerinnen und Schüler werden durch Binnendifferenzierung im Unterricht gezielt darauf vorbereitet.

Die Gemeinschaftsschule (GMS) hat sich mit derzeit 271 Schulen innerhalb kürzester Zeit fest in unserer Schul Landschaft verankert und erfreut sich einer zunehmenden Beliebtheit bei Eltern und Schülerschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass GMS mit einer ausreichenden Schülerzahl eine eigene gymnasiale Oberstufe einrichten und damit alle Abschlüsse unter einem Dach anbieten können. Wir Grüne wollen unser bestehendes Schulsystem zu einem stabilen Zwei-Säulen-Modell mit den Gymnasien auf der einen Seite und einem integrativen Bildungsweg auf der anderen Seite weiterentwickeln.

In der kommenden Legislatur werden wir uns dafür stark machen, den begonnenen Veränderungsprozess besonnen und konsequent fortzuführen. Dabei messen wir unsere Politik an den Leitlinien Qualität, Verlässlichkeit und Eigenständigkeit. Gute Rahmenbedingungen und eine faire Ressourcenverteilung zwischen den Schulen sind notwendig, damit der Wandel gelingen kann.



Wir orientieren uns an einem zukünftigen Schulsystem aus zwei Säulen: dem etablierten Gymnasium einerseits und integrativ angelegten Bildungsgängen andererseits. Gemeinschaftsschulen und Realschulen, die zukünftig den Hauptschulabschluss anbieten werden, sind Teil der integrativen Säule. Wo Hauptschulen/Werkrealschulen nachgefragt werden, erhalten sie auch weiterhin unsere ganze Unterstützung. Kein funktionierender Schulstandort wird gegen den Willen des Schulträgers aufgegeben. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob sich die jeweilige Schule in Richtung integrativer Bildungsgänge in der zweiten Säule weiterentwickeln möchte und kann.



Unser Land braucht ein modernes Bildungswesen von hoher Qualität. Wir stehen für ein Bildungssystem, das Chancen zulässt, das unterschiedliche Stärken fördert und das eine hohe Durchlässigkeit garantiert. Kurzum: Wir stehen für ein differenziertes Bildungssystem.

Die Lehrerinnen und Lehrer leisten an den Haupt-/Werkrealschulen eine exzellente Arbeit und bereiten ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf das künftige Berufsleben vor. Wir werden keinen Standort schließen, der mit qualitativ guter Arbeit überzeugt und für den sich die Eltern entscheiden.

Auch an den Gemeinschaftsschulen leisten die Lehrkräfte – unter zum Teil schwierigen Bedingungen – engagierte Arbeit. Den rund 300 Standorten im Land garantieren wir den Bestand und bieten ihnen die Chance der Weiterentwicklung. Wir wollen ihnen den Freiraum geben,

- Klassen mit ähnlich leistungsstarken Schülerinnen und Schülern einzurichten,
- Leistungsbeurteilungen mit Notengebung vorzunehmen,
- sich auf Hauptschulabschluss und Mittlere Reife zu konzentrieren,
- die Chance zur Klassenwiederholung zu nutzen,
- das pädagogische Konzept frei zu gestalten.

Letztlich muss die Gemeinschaftsschule ihre Qualität in den Schulabschlüssen beweisen; das wird entscheidend für die Zukunft der Schulart sein.

Wir wollen die „Realschule Baden-Württemberg“ als Rückgrat unseres differenzierten Bildungswesens gezielt stärken und sie so als leistungsstarke Schulart mit eigenständigem Profil zukunftsfest machen. Das ist unsere Antwort auf die veränderte Bildungslandschaft:

- Die Realschule soll mit leistungsdifferenziertem Unterricht auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss vorbereiten;
- die Klassen 5 und 6 wollen wir als Orientierungsphase organisieren, wozu wir den Schulen den Freiraum geben selbst zu entscheiden, ob sie bereits ab Klasse 5 einen eigenen Zug zum Hauptschulabschluss einrichten will oder wahlweise gemischte Züge mit ergänzenden differenzierten Förderangeboten führen will. Wir vertrauen auf die pädagogische Kompetenz der Realschulen, die die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler am besten im Blick haben;
- ab Klasse 7 soll gezielt – und in Deutsch, Mathe, Englisch und den Naturwissenschaften in leistungsdifferenzierter Unterricht – auf den jeweiligen Bildungsabschluss vorbereitet werden.



Grundsätzlich wollen wir die Ausgestaltung des jeweiligen Schulangebots in die Hände der Verantwortlichen vor Ort legen. Sie sollen selbst entscheiden, ob sie beispielsweise bestehende Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen fortführen oder Verbundschulen bilden. Die Gemeinschaftsschulen sollen fortbestehen können, allerdings wollen wir die grün-rote Privilegierung der Gemeinschaftsschule abschaffen. Gemeinschaftsschulen und Realschulen sollen anders als bislang in eigener Verantwortung Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus bilden können. Die Haupt-/Werkrealschulen sollen die Möglichkeit erhalten, verstärkt mit den beruflichen Schulen zu kooperieren und dadurch ihr berufspraktisches Profil und das ihres Abschluss zu stärken.